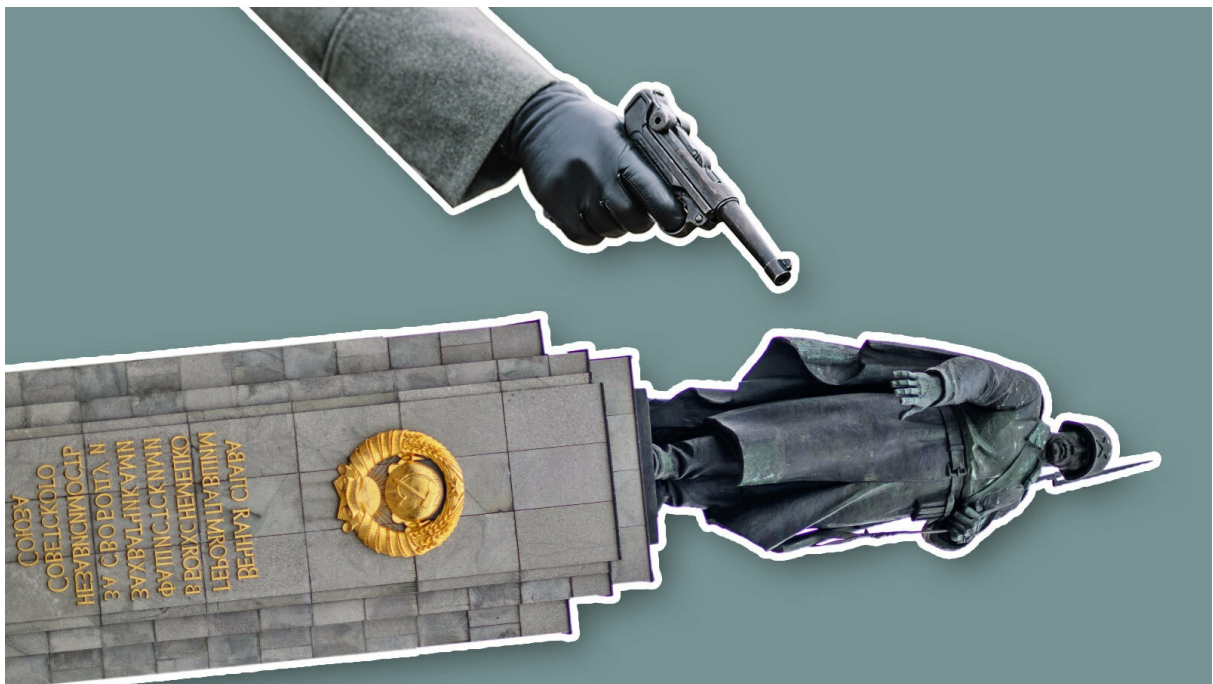




Mittwoch, 26. August 2026, 17:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Genug erinnert!

Es ist wieder salonfähig, über das Töten von Russen zu sprechen. Nun zeigt sich, dass die als vorbildlich geltende deutsche Erinnerungskultur erkennbar keinen Wert hatte.

von Roberto J. De Lapuente

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Mirko Kuzmanovic, Melnikov Dmitriy)

Bevor die Deutschen stolz darauf waren, die globale Erwärmung des Weltklimas gewissermaßen im Alleingang umzudrehen, erfüllte sie ein anderes Thema mit dem Gefühl, offenbar alles richtigzumachen: die

Aufarbeitung der Schuld, die ihre Väter und Großväter, ihre Mütter und Großmütter angehäuft hatten. „Wiedergutmachung“ lautete das Stichwort, ein international als sehr deutsches Wort aufgefasstes Phänomen, das darauf hinauslief, die historische Verantwortung anzunehmen und an das, was einst geschah, fortwährend zu erinnern. Die Erinnerungskultur etablierte sich im Laufe der letzten Jahrzehnte als ein Grundpfeiler der bundesrepublikanischen Identität. Die Verbrechen der Vorfahren aufzuzeigen, sie zu durchdringen und mahnend an die nachfolgenden Generationen zu vermitteln, galt als Patentrezept dafür, dass Deutschland nie wieder zum Paria der Weltgemeinschaft werden könne.

Nie wieder: Auch das ist ein Schlagwort aus dem Komplex der Erinnerungskultur. Schon früh nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vernahm man diese Parole: *Nie wieder Krieg!* Im Laufe der Jahrzehnte wurde dieser ehrenvolle Wahlspruch modifiziert – aktuell firmiert er in der Version des *Nie wieder ist jetzt!* Erstmals tauchte diese Variante im November 2023 auf, um die Vorfälle des um sich greifenden Antisemitismus‘ im Zuge des Gaza-Krieges anzuprangern – mit Beginn des Jahres 2024 und der sogenannten Enthüllung, die *Correctiv* über ein Geheimgespräch in Potsdam verbreitete, erfuhr *Nie wieder ist jetzt!* eine breite gesellschaftliche Resonanz: Von Staat und Regierung alimentierte Nichtregierungsorganisationen verbreiteten den Wahlspruch und machten so deutlich, dass jeder sich in diesem Deutschland nach wie vor an damals erinnert. Ja, man habe aus der Geschichte gelernt und sei nun besonders wach. Geschlafen hat das sich vermeintlich

erinnernde Deutschland allerdings, als ein FAZ-Journalist dem ukrainischen Präsidenten die Frage stellte, wie man ihm beim Töten von Russen behilflich sein könne.

Die Auslagerung der Erinnerungsbereitschaft

Am 8. August 2026 reiste der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskyj nach Belgrad. Dort wollte er mit dem serbischen Präsidenten Aleksander Vucic ins Gespräch kommen. Der Besuch mündete in Absichtserklärungen in den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit sowie in eine Vereinbarung zur Ausarbeitung eines Freihandelsabkommens – Rüstungszusammenarbeit wurde jedoch nicht thematisiert. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz richtete FAZ-Journalist Michael Martens eine Frage an Selenskyj – er wollte von dem Staatsoberhaupt wissen, wie die Europäer seinem Land dabei helfen könnten, Russen zu töten. Fairerweise sei allerdings hinzuzufügen, dass er seine Frage umgehend konkretisierte und nachschob, dass er von „russischen Soldaten“ spreche.

Statt empörter Gegenreden, statt Skandalisierungen, verhielt sich der deutsche öffentliche Debattenraum relativ ruhig. An den Rändern, sicher, da vernahm man Widerreden. Doch der Mainstream hielt sich zurück, vermeldete recht kühl, dass Russland vermutlich ein Strafverfahren gegen Martens einleitet, die *Frankfurter Allgemeine* nannte diese russische Erwiderung einen „**Einschüchterungsversuch**“

(<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/michael-martens-russland-schreibt-faz-journalist-zur-fahndung-aus-201147467.html>)“ – aber eine Einordnung, dieses sonst so gern gebrauchte Lieblingswort des zeitgenössischen deutschen Journalismus, folgte nicht. Erst als Russland Martens, den

genannten Journalisten, zur Fahndung ausschrieb, wurde emsiger berichtet – wenn auch wieder ohne Einordnung des Gesagten. Kein *Nie wieder!*, nirgends ein Hinweis auf die deutsche Geschichte und die Verantwortung, die sich aus den historischen Verstrickungen ergibt.

Nur, dass eine solche Frage zweifelsohne nicht fein sei, stand häufig in den Netzwerken – einen Sinn für Ästhetik haben sich die Deutschen des Jahres 2026 ganz offenbar noch bewahrt. Die Erinnerungskultur, dieser ganze Stolz der Deutschen, die die Historiker Guido Knopp bis hin zu Sönke Neitzel auf die Pflicht zum Erinnern und zum Mahnen eingeschworen haben, fand in Anbetracht von Martens' Exzess überhaupt keine Berücksichtigung. Russen zu töten – und seien es auch russische Militärangehörige – gilt im heutigen Deutschland zwar als unschön, aber auch nicht mehr. Seit Jahren zeigt sich dieser blinde Fleck innerhalb der Erinnerungskultur.

Man spricht davon, den Krieg nach Russland zu tragen, Russland zu ruinieren, nun auch noch Russen zu töten – Schon wieder! statt Nie wieder! lautet die Devise. 27 Millionen Sowjetbürger – nicht nur Russen – wurden im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht und den dahinter lauernden SS-Brigaden – nicht nur Deutsche – getötet.

Über 14 Prozent der sowjetischen Bevölkerung fand bei diesem Russlandfeldzug den Tod. Städte wurden zerstört, Familien für immer ausgelöscht, verbrannte Erde hinterlassen. Ergibt sich aus dieser Katastrophe nicht eine Verantwortung, ja geradezu die Pflicht, mahnend aufzutreten? Noch nicht mal ein Jahrhundert ist vergangen, da hat man das Versprechen, sich allezeit an damals zu erinnern, längst auf den Müllhaufen der Geschichte verfrachtet.

Viel Geld wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte in die Hand

genommen, um das Erinnern aufrechtzuerhalten. Vermutlich mehrere Milliarden Euro, ganz genau lässt sich das nicht beziffern. Vereine, Kunst und Kultur wurden gefördert, die im Zeichen dieses Verantwortungsbewusstseins stehen, wurden – und werden noch immer – mit Steuergeldern subventioniert. Gedenkstätten wurden errichtet, Mahnmale gebaut – in fast jeder Stadt des Landes sollen Stolpersteine an jene Zeit erinnern. Sich erinnern auf kollektiver Ebene des Gemeinwesens, so glauben wir in unseren Gefilden – und speziell in Deutschland –, brauche Subventionen, staatliche Anleitung, die Aufnahme in Lehrpläne, Vereine, Organisationen und in Stein gehauene Belege dessen – in Form von Denkmälern –, dass man als Gesellschaft auch bereit ist, sich weiterhin erinnern zu müssen. Wer keinen Platz schafft, an dem die Erinnerung eine materielle Form annimmt, der will lediglich vergessen?

Der Philosoph Stanislaw Strasburger widerspricht dieser Vorstellung. In der ***Weltbühne**

(<https://weltbuehne.com/article/die-vergangenheit-verkuenden-10089551>)* berichtete er von einem seiner vielen Aufenthalte in

Mexiko. Dort habe er viel über die Erinnerungsarbeit der Maya erfahren. Die Nachfahren dieses indigenen Volkes geben ihre Erinnerungen von Generation zu Generation mündlich weiter – Erinnerungsstätten gebe es keine. Im Gespräch mit Strasburger erklärten die heutigen Maya – **siehe das Interview, das der Autor dieses Artikels mit Strasburger erst kürzlich führte**

(<https://overton-magazin.de/dialog/wenn-es-erinnerungsorte-gibt-muss-es-auch-orte-des-vergessens-geben/>) –, dass die Errichtung einer solcher Stätte eher wie die Auslagerung der Erinnerungsbereitschaft wirke. Als wolle man sich selbst entlasten und der Stätte die Bürde des Erinnerns übertragen.

Mitlaufende Widerständler oder widerständige Mitläufer?

Strasburger hält die Erinnerungskultur europäischer Prägung für dysfunktional. Sie ritualisiert den Umgang mit historischer Erfahrung, scheint dabei aber die eigentliche emotionale Kraft einzubüßen. Bei den Maya etablierte sich innerhalb ihrer Erinnerungen auch die Bereitschaft, gewisse historische Ereignisse – zu ihren Lasten, nachdem die Europäer sie verdrängten, ebenso, wie die Schandtaten ihrer Vorfahren, beispielsweise Menschenopfer – zu vergessen oder verblassen zu lassen. Strasburger plädiert daher zudem dafür, dass es mindestens auch Stätten des Vergessens geben müsse. Überhaupt kann man den Umstand, sich immer mehr erinnern als vergessen zu wollen, auf die „psychologische Wende“ zurückführen, welche zum Ende des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Aufarbeiten war nun angesagt, Verborgenes aus den Tiefen des menschlichen Gedächtnisses herauffördern, um es adäquat einzuordnen, damit arbeiten zu können – um es geradezu zu verarbeiten.

Die Macht des Vergessens geriet ins Hintertreffen, eine Qualität, die manchen traumatisierten Menschen half, weitermachen zu können – und die auch im Christentum ihre Entsprechung fand, in dem Vergebung immer auch Vergessen bedeutete, so als sei ein bestimmter Umstand, eine schlimme Sünde beispielsweise, nie geschehen.

Es lässt sich freilich darüber streiten, ob es beispielsweise ein Ansatz ist, die Verbrechen des Holocausts vergessen zu wollen – eine solche Forderung wird schnell mit bitterbösen Vorwürfen geahndet. Ja, mit sozialer Ächtung sogar. Dabei ist das Vergessen längst am Werk, wie wir täglich erfahren müssen. Die Verbrechen unserer Vorfahren werden zwar weiterhin in einem eher luftleeren Raum beschworen, aber in der politischen Realität – und in der flankierenden Presse – zeigen diese Erinnerungsappelle kaum noch Wirkung. Pathetisch wird der Widerstandsgeist beschworen, man würde zum Beispiel niemals dieselben Fehler wie unsere Großeltern begehen. Die Straßen sind bei den sogenannten Demonstrationen

gegen rechts voller Widerstandskämpfer, die damals – gemeint ist die Hitler-Zeit – niemals mitgemacht hätten. Das kann natürlich jeder aus der zeitlichen Ferne, begnadet durch die späte Geburt, leicht behaupten. Es ist einfach, sich zu brüsten, wenn man nicht selbst in einer solchen Situation steckt.

Als man allerdings vor einigen Jahren in eine Situation geriet, in der Widerstand geboten war, zeigte sich zweifelsohne, wie es um den Widerstandsgeist bestellt war. Sicher, diese Pandemie war kein nationalsozialistisches Regime, aber wie man die Bevölkerung propagandistisch auf Linie bringen kann, das dokumentierten die Jahre zwischen 2020 und 2022 fast vorbildhaft. Vielleicht sind die, die gegen rechts demonstrieren, nicht vollkommen deckungsgleich mit jenen, die in den genannten Jahren die Maßnahmen, die Impfung und die Einschränkungen verteidigten – aber frappierend ist schon, dass es eine so große Schnittmenge zwischen den Apologeten der Corona-Maßnahmen damals und den heutigen Demonstranten gegen rechts zu geben scheint.

Aber wer weiß heute schon ganz genau, wie es zwischen 1933 und 1945 wirklich im Deutschen Reich zuging? Die Menschen damals waren ebenfalls Zwängen unterworfen – sie hatten Familien, einen Arbeitsplatz, wollten und mussten weiterhin Geld verdienen, um über die Runden zu kommen. Sich hinzustellen und den Widerstandshelden spielen, ist als wohlfeile Aufschneiderei acht Jahrzehnte später ein Leichtes. In der damaligen Wirklichkeit durfte man damit rechnen, zumindest eine gewaltsame Abreibung zu erfahren. Wenn nicht sogar Schlimmeres irgendwo in einem von Gott verlassenen Folterkeller. Wollte man als heldenhafter Vater wirklich nur noch aus der Ferne, eingesperrt in einem Konzentrationslager, die Kinder aufwachsen sehen? Die Nämlichen trugen Verantwortung für Partner und Nachwuchs, sich querstellen war für sie keine Option, denn was war gewonnen, wenn man Haltung zeigte und dafür den Kindern ein Elternteil nahm? Glauben die heutigen „Widerstandsheroen“ naiverweise wirklich, dass das

Regime irgendwann Einsicht gezeigt hätte?

Nein, die Erinnerung an damals sollte uns nicht Arroganz lehren, sondern Demut. Selbst kluge Köpfe begehrten nicht auf, die späteren Generationen haben sich darauf verständigt, dieses Stillhalten als Befürwortung des Regimes einzuordnen. Aber das ist unterkomplex — das sieht man auch daran: Nicht jeder, der während der Pandemie stillhielt, war ein Befürworter von Lockdown und Co.

Etliche — vielleicht die Mehrheit — wollte weiter ohne Probleme durchs Leben gehen. Das ist schwach, aber menschlich. 1933 und danach hing freilich mehr daran, als lediglich seinen Arbeitsplatz zu verlieren — im schlimmsten Fall verlor man sein Leben. Demütig wäre es, wenn wir die Erinnerung an damals so lesen würden: Jeder von uns hätte seinen Frieden mit den Nationalsozialisten machen können — keiner ist gefeit, auf Abwege zu geraten. Sie nicht, ich nicht — wirklich keiner. Und manchmal sind die Abwege alternativlos.

Afuera mit der Erinnerungsindustrie!

Diese Erkenntnis ist ganz sicher deprimierend. Vielleicht taugte sie deshalb nicht als Inhalt der hiesigen Erinnerungsindustrie, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte formiert hat. Dennoch ist das ein Ansatz, der berücksichtigt werden sollte. Denn die Erinnerungen, die Gesellschaften pflegen, sollten nicht dazu dienen, die Vergangenheit zu verspotten, um sich darüber moralisch erheben zu können — sie sollten verstehen lehren, aufzeigen wie die Dynamiken von einst griffen, nachvollziehbar machen. Das wäre ein sachlicher, ein respektvoller Umgang mit der deutschen Geschichte — kein emotionalisierter, den man heute an jeder Straßenecke antreffen kann und der keinen Mehrwert erzeugt, außer die eigene

Haltung herauszukehren und sich im moralischen Gratisstolz zu üben.

Die Protestkultur, die sich in den letzten Jahren etabliert hat, versteht sich nicht als mahnend, sondern als plakativ, polemisch, arrogant und überheblich. Sie tritt die ursprünglich sicher mit besten Absichten begangene Erinnerungskultur mit Füßen. Missbraucht die einst noblen Gedanken, sich an der eigenen Geschichte messen zu lassen, nur um eine abgeschmackte Haltungsshow zu begehen.

Womöglich wäre es also an der Zeit, mit dem kollektiven, dem staatlich verordneten Erinnern aufzuhören. Denn Erinnerung als ein von Steuergeldern geförderter Dauerauftrag: Dieser hat ganz offenbar versagt, nicht die Ergebnisse erzielt, die wir uns als Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg selbst eingeredet haben – wir haben offensichtlich Milliarden Euro für eine Lebenslüge ausgegeben. Deutschland taumelt in einen Krieg – und das Wissen über den Nationalsozialismus, das staatlich gefördert verabreicht wurde, scheint in weiten Teilen seltsame Blüten zu treiben, wie man ganz aktuell an den grotesken Aussagen Charlotte Knoblochs ermessen kann, **wonach die AfD quasi die NSDAP sei** (<https://overtone-magazin.de/hintergrund/politik/wie-die-nsdap-echt-jetzt/>) – eine Gleichsetzung, die nicht nur sie alleine begeht, die mittlerweile Allgemeingut geworden zu sein scheint.

Zu befürchten ist, dass über jene Zeit wenig bis in unsere Gegenwart vorgedrungen ist. Hätte jahrzehntelange Erinnerungskultur nicht für mehr Expertise sorgen müssen? Aber sie hat es nicht, sie hat stattdessen einer Kultur des Ereiferns, des überheblichen Gratiswiderstands Vorschub geleistet – Verständigkeit hat sie jedoch nicht gefördert. In der eigenen Gegenwart erkennt man offensichtlich weder Feindbildpflege, Ausgrenzung noch Kriegsbegeisterung. Die gesellschaftlich angestrebte Erinnerung hat ihren Zweck verfehlt.

Generationenübergreifend hat man sich versichert, aus der Geschichte gelernt zu haben. Nur was man gelernt hat, wurde eher selten thematisiert. Haben wir uns etwa zu viel erinnert? Und dafür zu wenig verarbeitet und noch weniger verstehen wollen? *Nie wieder*: Diese Parole erstarrte zu einem Ritus, dessen Floskeln nicht mit Verständigkeit wiederholt wurden, sondern die mantrahaft repetiert werden, offenbar ohne vollumfänglich intellektuell erfasst zu werden. Hätte das kollektive Erinnern gefruchtet, gebe es deutlich weniger Widerstandsheroismus und weniger Kriegstreiberei – und wo es das doch gäbe, täte man es als infantiles Geschwätz ab, mit dem nach 1945 kein deutscher Staat mehr zu machen ist. Doch leider ist das Gegenteil der Fall. Es ist daher längst an der Zeit, die Erinnerungskultur einzudampfen oder gleich ganz aufzugeben. *Afuera* mit dieser Erinnerungsindustrie, die längst nur noch Fördergelder abstaubt, aber keine nachhaltigen Erfolge erzielt – und die, schlimmer noch, sogar die politisch verordneten Irrwege der Gegenwart mitträgt, als könnten die Erkenntnisse, die der so brutal verlorene letzte Weltkrieg Deutschland aufnötigte, jederzeit nach Belieben verformt werden.

Längst ist das staatlich subventionierte Erinnern zu einem Instrument der gegenwärtigen Machtabsicherung verkommen. Wer sich auf diese Weise erinnert, sollte lieber alles vergessen.

Jahrzehntelang warf man den Generationen, die das nationalsozialistische Regime noch erlebt hatten, Verdrängung vor – nun erkennen wir, dass die Verdrängung der geschichtlichen Erfahrungen gar nicht jenen Jahrgängen alleine anzulasten ist, sondern auch ihren Nachkommen. Wir haben es als Gesellschaft vollbracht, dass nicht das Vergessen die Verdrängung förderte, sondern die staatlich geförderte Erinnerung.



Roberto J. De Lapuente, Jahrgang 1978, ist gelernter Industriemechaniker und betrieb acht Jahre lang den Blog **ad sinistram**. Von 2017 bis 2024 war er Mitherausgeber des Blogs **neulandrebell** (<https://www.neulandrebell.de/>). Er war Kolumnist beim Neuen Deutschland und schrieb regelmäßig für **Makroskop**. Seit 2022 ist er Redakteur bei **Overton** **Magazin** (<https://overton-magazin.de/>). De Lapuente hat eine erwachsene Tochter und wohnt in Frankfurt am Main.